

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk., — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 53

Mittwoch, den 3. März 1920

11. Jahrgang

Polens Bruch des Versailler Vertrages!

Friedens-Feindschaft.

Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß der Prozeß gegen Caillaux uns eigentlich nichts angeht und daß wir uns, zumal in unserer gegenwärtigen Lage, mit wichtigeren Dingen zu befassen haben, als mit der Anklage gegen den früheren französischen Ministerpräsidenten, über die jetzt nach 25 Monaten Freiheitsberaubung vor dem Senat als Staatsgerichtshof endlich verhandelt wird. Aber als Sozialisten, die in allen Fragen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit eintreten, können wir an diesem Prozeß nicht achtlos vorübergehen.

In diesem besonderen Falle paart sich aber auch die allgemeine Frage der reinen Menschlichkeit und Gerechtigkeit mit einem der wichtigsten Probleme der Zukunft, nämlich mit der Erreichung einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die Lösung dieser Aufgabe ist sowohl durch den Frankfurter wie durch den Versailler Frieden verhindert worden, und deshalb hat gerade der Vertrag, der am 7. Mai 1919 der deutschen Delegation im Trianon-Palace überreicht wurde, die wahrhaft pazifistischen Männer beider Länder zur Verzweiflung gebracht. Solange die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich nicht erzielt ist, werden kriegerische Verwicklungen wie ein Damoklesschwert über den Völkern Europas schweben — und sobald sie erreicht ist, ist der Weltfrieden auf Jahrhunderte hinaus gesichert.

Denn der Fall Caillaux ist vor allem die Tragödie der durch den Ausbruch des Weltkrieges geschafferten Versöhnung zwischen den beiden Nachbarnationen. Wir wollen auf die einzelnen Punkte der Anklage nicht eingehen, wir mühten sonst feststellen, daß auf der einen Seite Caillaux in seinem Verhalten sehr leichtsinnig gewesen ist, daß er mit Männern befreundet war, die inzwischen wegen verräterischer Handlungen erschossen wurden; aber auf der anderen Seite mühten wir dann auch die ganz niederrichtigen politischen Manner erzählen, mit deren Hilfe die Regierung Clemenceau versucht hat, seine Schuld nachzuweisen: Bestechungen, Unterschlagungen, Fälschungen — nichts hat man unterlassen, um „Seigen“ zu gewinnen und um sich „Material“ zu beschaffen. Man konnte im vorigen Sommer in linksstehenden französischen Blättern die ausführliche Geschichte dieser Unternehmung lesen und gewann manchmal den Eindruck, daß es sich nicht um einen hochpolitischen Prozeß, sondern um einen raffinierten Sherlock-Holmes-Roman handelte.

In Wirklichkeit aber handelt es sich um die friedensfeindliche Politik, welche Caillaux in der Agadirzeit, im Sommer 1911, verfolgt hat und in den Augen aller seiner politischen Gegner, vom Präsidenten Poincaré bis zum Royalistenführer Leon Daudet als ein Staatsverbrechen galt und gelten mußte. Denn entweder hielt man den Revanchekrieg für eine heilige Pflicht, und dann war jede „Verzichtspolitik“ Hochverrat, oder man betrachtete den Wiedergewinn Elsass-Lothringens als einer gegenseitigen Niedermehlung der Völker nicht wert, und dann war der Chauvinismus eine gemeingefährliche Sünde. Ob es sich um die Ermordung von Jaurès oder um die Verfolgung von Caillaux handelt, um diese Fragestellung kommt man nicht herum.

Unter Führung von Caillaux war im Winter 1914 die radikale Partei zu einer geschloffenen Kampfformation gegen die chauvinistische Politik Poincarés, Barthous und Millerands geworden; als solche und durch ein verständiges Wahlabkommen mit den Sozialisten hatte sie bei den Wahlen im Mai einen glänzenden Sieg davongetragen. Wenn auch Caillaux selbst in den letzten Monaten vor dem Krieg unglücklicherweise infolge des Mordprozesses gegen seine Frau von der aktiven Politik ferngehalten wurde, so blieb er doch die Seele dieser größten aller Parteien und die Hoffnung aller Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung.

Ist es nun ein Wunder, daß er unter diesen Umständen auch nach dem Ausbruch des Krieges in den Augen der deutschen politischen Kreise der Mann blieb, auf den sich alle Blicke konzentrierten, als man die französische Nation sich immer unrettbarer in die Sackgasse des müßtesten Deutsches und des Krieges bis-ans-Ende verrennen sah. Es war ja doch ganz selbstverständlich, daß Caillaux die Hoffnung aller beruhte, die nach einem Ausweg aus dem endlosen Blutbad suchten, genau so wie Giolitti in Italien, wie Graf Witte in Rußland, und wie sogar Asquith (im Vergleich zu Lloyd George) in England für uns die Staatsmänner waren, von denen wir den Verständigungsfrieden erhofften.

Und daraus soll Caillaux vor seinen Landsleuten ein Verbrechen gemacht werden? Weil man in Paris erfahren hat, daß deutsche Regierungsstellen den Pöbeln nahegelegt hatten, von Caillaux mit Zurückhaltung zu sprechen, ihn nicht durch auffallende Lobspprüche zu kompromittieren, nicht man ihm „Einverständnis mit dem Feinde“ vor! Aber das war ja eine ganz selbstverständliche Maßregel, und es ist ungewiss, daß auch die Londoner und Pariser Pressestellen während des Krieges den Zeitungen ähnliche Weisungen in bezug auf einzelne deutsche Persönlichkeiten gegeben haben, deren Opposition nicht unerwünscht erschien. Wer aber würde in Deutschland so kindisch und töricht sein, diese von der Gegenseite absichtlich „verleumdete“ und „verächtlich

behandelten“ Männer des Hochverrats zu beschuldigen? Das ist eben nur in einem Lande möglich, in dem der Haß gegen den Feind krankhafte Formen angenommen hat und in dem man in jedem, der im Verdacht stand, das Für und Wider des Kampfes bis-ans-Ende zu erwägen, einen Verräter witterte. Daß Caillaux zu Anfang des dritten Kriegsjahres sich mit der Frage der Zweckmäßigkeit einer Fortsetzung des Krieges beschäftigte und sich darüber nicht nur mit französischen Politikern, sondern auch mit gewissen Staatsmännern der Alliierten, wie z. B. mit dem italienischen Kolonialminister Martini, aussprach, steht fest. Auch wollte er in der Tatsache des Kriegsausbruches keinen Beweis dafür erblicken, daß seine friedliche Politik während und nach Agadir verfehlt gewesen sei. Endlich scheint er frühzeitig erkannt zu haben, daß der eigentliche europäische Nuhnieder des endlosen Krieges letzten Endes nur England sein würde. Und wer möchte selbst in Frankreich heute bestritten, daß er in den meisten Punkten vollständig recht hatte?

Nur in dem einen Punkte hat er scheinbar unrecht behalten: Frankreich hat schließlich doch gesiegt. Aber auch hierin wird ihm eine nahe Zukunft recht geben und beweisen, daß dieser sogenante Sieg für sein Land eine viel schlimmere Katastrophe war, als es ein Verständigungsfrieden Ende 1918 gewesen wäre. Im übrigen ist es eine Binsenwahrheit, daß die Entente ihren Sieg weder Foch, noch Clemenceau, noch irgendeinem ihrer Staatsmänner oder Generale verdankt, sondern nur unseren Alldeutschen. Hätten diese nicht den rücksichtslosen U-Boot-Krieg erzwungen und dadurch das Eingreifen Amerikas verursacht, dann wäre vermutlich die Politik Caillaux die einzige Rettung für Frankreich gewesen, und das französische Volk hätte dann froh sein können, daß es überhaupt einen Caillaux besessen hätte, denn es an den Verhandlungstisch hätte schicken können! Poincaré, Clemenceau und alle diese großen Reiter des Vaterlandes sollten sich ja nicht viel darüber einbilden, daß ihnen die Ereignisse schließlich recht gegeben haben. Was sie damals trieben, war nur ein frevelhaftes Hazardspiel mit dem Blute ihrer Vorgesetzten, und ihr einziges Glück ist es gewesen, daß auf der anderen Seite es noch leichtsinnigere Hazardspieler gab, die alles auf die Karte des U-Boot-Krieges setzten — und verloren.

Wir sind nicht in die Geheimnisse der wilhelminischen Diplomatie eingeweiht, aber wir sind überzeugt, daß, wenn Jagow, Bernstorff, Vandenberg und alle Deutschen, deren Namen in der Anklageschrift vorkommen, unter Eid vernommen würden, sie nichts anderes auszusagen könnten, als daß sie eben, wie es ihre Aufgabe und ihre Pflicht war, versucht haben, sich über Caillaux Ansichten zu informieren, den Kontakt mit ihm zu gewinnen — und daß dies ihnen leider nicht gelungen ist. Aber an einer solchen Vernehmung ist natürlich bei der in Frankreich herrschenden Finsternis gar nicht zu denken, und jedes Wort aus deutschem Munde, das zu seinen Gunsten spräche, würde ihn nur belasten. Es ist auch möglich, daß diese Zeilen gegen ihn ausgebeutet werden. Von den meisten seiner früheren Parteifreunde verlassen und verleugnet, nur noch von den Sozialisten in Schutz genommen, dürfte er wohl durch die als Richter verkleideten Senatoren kaum freigesprochen werden. Aber ebensowenig wie wir es uns nehmen lassen, unsere Liebe und unsere Verehrung gegenüber dem Märtyrer des Sozialismus, Jaurès, zum Ausdruck zu bringen, ebensowenig wollen wir mit unserem Urteil über den Sinn des Caillaux-Prozesses zurückhalten. Es ist der Prozeß gegen die Idee der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich!

Polens Bruch des Friedensvertrages

Kein freier Eisenbahnverkehr für Deutschland.

Der Versailler Gewaltvertrag schreibt klar und deutlich dem polnischen Staate die Pflicht vor, den Eisenbahn-, Telegraphen- und Telefonverkehr zwischen Deutschland völlig unbehindert durch den neugeschaffenen polnischen Korridor geben zu lassen. Trotzdem gibt es den Wahzwang und die Revisionstandale. Nun haben neuerdings, wie wir bereits mitteilten, in Warschau Verhandlungen stattgefunden, um endlich erträgliche Zustände zu schaffen und wenigstens das Recht des Friedensvertrages durchzuführen. Aber den bisherigen Verlauf der Warschauer Verhandlungen mit uns aus bester Quelle aus Königsberg berichtet:

Präsident Rißmann vom Landesfinanzamt Ostpreußen, Mitglied der deutschen Delegation für Verkehrsangelegenheiten in Warschau berichtet, wie die Abendblätter melden, über den polnischen Standpunkt bei den Verhandlungen über den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Ostpreußen u. a.: Einen Durchgangsverkehr vom russischen Deutschlands nach Ostpreußen durch Polen gibt es nicht, denn Polen und Ostpreußen grenzen gar nicht aneinander, weil zwischen der Freistaat Danzig und die Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein liegen. Polen will Verhandlungen mit Danzig und den alliierten Verwaltungsausschüssen der Abstimmungsgebiete über den Eisenbahnverkehr bis in diese Gebiete, erkennt aber eine Souveränität Deutschlands über die Abstimmungsgebiete nicht mehr an, sondern will diese

völligrechtlich nur durch die Allierten Ausschüsse vertreten wissen. Hiergegen wird auf Anordnung des Auswärtigen Amtes in Berlin Protest eingelegt. Die Reichskommissare in Allenstein und Marienwerder wurden drahtlich benachrichtigt und ebenfalls um Entsendung von Vertretern ersucht, zumal die Allierten Ausschüsse in Warschau durch englische Offiziere vertreten sind. Im Personenverkehr lehnt Polen den Durchgang über Dirschau nach dem Abstimmungsgebiet Marienburg ab, da Dirschau für den jetzigen Kriegszustand Polens mit Sowjetrußland ein äußerst wichtiger Eisenbahnknotenpunkt für den Nachschub von Danzig nach Polen sei, sodas neben dem jetzt zugelassenen Schnellzug, Berlin—Danzig, es einen weiteren Schnellzugverkehr nach Königsberg nicht aufnehmen könne. Polen könne nur einen Schnellzug, und zwar Berlin—Königs—Ezerst—Marienwerder und umgekehrt zulassen. Eine Erklärung über einen weiteren Schnellzug nach dem südlichen Ostpreußen behält sich Polen bis nach seinen ohne Zuziehung der deutschen Delegation gepflogenen Verhandlungen mit dem Ententeauschuss in Allenstein vor. Bezüglich des Güterverkehrs will Polen den Verkehr von Deutschland in Königs übernehmen, in Marienburg oder Marienwerder wieder an die deutsche Bahnverwaltung übergeben. Im Wechselgüterverkehr von Deutschland nach Polen und umgekehrt wurde Ostpreußen in den polnischen Vorschlägen überhaupt nicht berücksichtigt, gemäß dem polnischen Standpunkt, daß es vorläufig eine polnisch-ostpreussische Grenze nicht gibt. Die von dem polnischen Finanzministerium unter der Hand mitgeteilten Vorschläge für ein Zollverfahren bei dem Uebergang aus Deutschland und Polen und umgekehrt erschöpfen den Verkehr vollständig, da auf die polnischen Vorschläge zur Wahrung des deutschen Zollinteresses und Verhütung der verbotenen Warenausfuhr aus Deutschland unmöglich eingegangen werden kann. Bezüglich des Bahnverkehrs besteht Polen auch für den Durchgangsverkehr auf einen allgemeinen Bahnwang.

Eine rücksichtslosere Brüstung und offenkundigere Rechtsverletzung ist nicht mehr denkbar. Fast sieht es so aus, als ob Polen mit Gewalt zum Kriege treiben wolle. Jedem falls bestätigt diese Stellungnahme Polens, was die deutsche Regierung bereits zur Auslieferungfrage erklären mußte: Polen scheint überhaupt noch nicht verträglich zu sein. Nur tollgewordene Unzurechnungsfähigkeit kann ernstlich behaupten, daß es eine direkte deutsch-polnische Grenze wegen der Abstimmungsgebiete nicht mehr gibt. Ueber das Schicksal dieser Teile Deutschland soll doch erst durch die Abstimmung entschieden werden. Und für niemand, der die Verhältnisse wirklich kennt, kann es einen Zweifel darüber geben, daß die hier in Frage kommenden Teile Westpreußens sich für Deutschland entscheiden werden. Hinzu kommt aber auch, daß die entscheidende Entente-Macht, nämlich England, ebenfalls auf dem selbstverständlichen Standpunkt steht, daß die Abstimmungsgebiete nach wie vor deutsches Gebiet sind. Die Unabhängigen in Allenstein haben sich in ihrer üblichen Riedererei vor den fremdlandischen Machthabern an den dortigen englischen Befehlshaber gewendet und ihn gebeten, Anordnungen der deutschen Regierung aufzuheben. Sie wurden von den Engländern jedoch glatt abgewiesen mit der Erklärung, daß das Abstimmungsgebiet nach wie vor deutsches Hoheitsgebiet sei!!!

Die deutsche Regierung wird sich den Rechtsbruch Polens unter keinen Umständen gefallen lassen dürfen. Auch die Entente wird nicht zulassen dürfen, daß im Osten nur polnische Willkür herrscht.

Streikabbruch in Frankreich.

Paris, 1. März. (Havas.) Der Nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge der Besprechungen beim Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektionen erzielt wurde. Daher wird der Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen vom Verband gegeben werden.

Paris, 2. Febr. Der Ministerpräsident trifft gemeinsam mit den Polizeipräsidenten alle nötigen Maßnahmen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu gewährleisten. Umzüge und Zusammenrottungen gleichviel welcher Art sind verboten.

Paris, 2. März. Die Delegation der Pariser Eisenbahngewerkschaft kündigt in einer Mitteilung an die Presse an, den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen, falls die Regierung die Freilassung der verhafteten Genossen verweigern sollte.

Paris, 2. März. Der Ministerpräsident empfing heute vormittag eine Abordnung des Eisenbahnerverbandes, die ihn über die am Vorabend vorgenommenen Verhaftungen befragen sollte. Millerand antwortete, die Angelegenheit sei den Justizbehörden übertragen worden, und die Untersuchung werde ihren Lauf nehmen.

Wilson's Adria-Drohnote.

Washington, 8. Febr. (Holländisch Nieuwebureau.) Die amerikanische Regierung hat den Wortlaut der Fiumenote nunmehr veröffentlicht. Wilson erklärte, er könne sich mit der britischen und französischen Auffassung nicht einigen, daß die Vorschläge welche Frankreich und England am 14. Januar der jugoslawischen Delegation direkt unterbreiteten, sich wesentlich in allen wichtigen Punkten mit der gemeinsamen Denkschrift Frankreichs und Englands vom 9. Dezember decken und tatsächlich nur zwei Punkte geändert wurden, und zwar zunächst der Jugoslawen. Wilson ist im Gegenteile der Ansicht, daß die Fiumenote vom 9. Dezember wesentlich und zwar zunächst der jugoslawischen Delegation und zum Nachteil des jugoslawischen Volkes und zur Gefährdung des Weltfriedens geändert worden sind. Nachdem er die Punkte, die geändert wurden, näher beleuchtet hat, fährt Wilson fort:

Diese und andere Punkte der Denkschrift vom 14. Januar, die über Mittelmeer oder Balkanung der amerikanischen Regierung festgestellt wurden, haben die adriatische Regelung vollständig geändert und nach Ansicht der amerikanischen Regierung unzulässig gemacht. Es fehlt in der Regelung die notwendige Gerechtigkeit, die notwendig ist, um der amerikanischen Regierung zu gefallen, zur Aufrechterhaltung der Beziehungen mitzuwirken. Die Tatsache liegt, daß die jugoslawischen Vertreter sich vielleicht gezwungen sehen sollten, diese Regelung anzunehmen, da sonst das Randener Abkommen in Frage gestellt würde, würde die amerikanische Regierung nicht zustimmen. Wilson erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Genehmigung für diese Regelung wie sowohl in dem Wortlaut der Bestimmungen als in der Methode der Durchführung im völligen Widerspruch zu den Prinzipien, die die Amerika in den Krieg eintrat, nicht erfüllen können. Es ist die Zeit gekommen, mit völliger Überzeugung zu stehen. Keine Regierung, welche Frankreichs an der Spitze steht, muß den allerbekanntesten Grundsätzen der Gerechtigkeit und Bescheidenheit in allen internationalen Regelungen verstoßen, zu kommen. Aber wenn in wichtigen Angelegenheiten nicht die Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit ausgeklügelt sind und wenn der Staat, der diese Forderungen mit größtem Nachdruck und während der längsten Zeit immer wieder bekräftigt hat, nicht die Unterstützung der Mächte erhalten sollte und wenn die alte Weltordnung, welche soviel Glück über die Welt brachte, auch künftig vorherrschen soll, so ist die Zeit noch nicht reif, daß Amerika eine Beteiligung der Mächte beitreten kann, deren Prinzipien gerade durch den neuen Geist und die neue Weltordnung verdrängt ist.

Wenn es sich als unmöglich erweist, die Annahme der geordneten und geordneten Beziehungen über welche die britische, amerikanische und französische Regierung sich geeinigt haben, durchzuführen und wenn, wie Präsident Wilson noch kürzlich hat, die Bestimmungen in der Denkschrift vom 9. Dezember das Maximum keines Entgegenkommens bedeuten, weshalb der Präsident zu bemerken, daß er die Zustimmung des Vereinten Königreichs und des Vereinigten Königreichs mit Frankreich am 28. Juni 1919 aus der Senatsbehandlung ersichtlich in Erwägung stehen muß, so daß dann die Regelung der europäischen Angelegenheiten von den offiziellen Regierungen nicht durchgeführt und abgeschlossen werden müßte.

Eine neue Drohnote Wilsons?

Haag, 1. März (S. T.) Aus Washington wird gemeldet: Man erwartet hier, daß Wilson in der Wochenschrift in dieser Woche noch eine neue Note abgeben wird. Von autoritativer Seite wird mitgeteilt, daß diese Note schon fertig, vielleicht sogar schon abgefaßt sei. Doch ist darüber nichts Näheres bekannt. Es wird angenommen, daß Wilson nicht zu weiteren Angelegenheiten bereit ist. Die Politiker sprechen die Möglichkeit einer Zurückziehung des Vertrages aus dem Senat wohl der Türkei Anhängigkeit gelassen werden soll.

Auflösung des japanischen Parlaments.

Haag, 1. März (S. T.) Im japanischen Unterhaus erregten sich sehr erregte Stimmen bei der Beratung der Vorlage über das allgemeine Stimmrecht. Die Sitzung lag auf, und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Sozial- und den Abgeordneten in den Wandelgängen. Bis spät in die Nacht wurde in der Stadt demonstriert. Am Sonnabend waren in London Nachrichten über ernste Vorgänge in Japan verbreitet, die von der japanischen Bottschaft überliefert werden.

Amerikanische Friedensschmerzen.

Washington, 1. März (Newer.) Die republikanischen Führer haben ihren Beschluß bestätigt, keine wesentlichen Änderungen an ihren Vorschlägen am Artikel 19 anzunehmen. Beide Parteien sind überzeugt, daß Demokraten geringe Änderungen sind, um die Ratifikation zu verhindern. Demokraten sind entschlossen, sich dem Friedensvertrag zu widersetzen, wenn nicht Artikel 19 abgeändert wird. Alles heute indessen darauf hin, daß der Friedensvertrag schließlich die Straßenszene der nächsten Präsidentschaftswahl sein wird.

Der Kampf um die Nordmark.

Die ähnliche Vorgänge in der zweiten norddeutschen Abstammungszone wird, wie dem „Nordmark“ aus Hildesheim berichtet wird, unter Anspannung aller Kräfte belieben. Es ist ein schwerer Kampf, der oben in der Nordmark ausgefochten werde. Doch es müßte eine erhebliche deutsche Mehrheit bringen, weil nur dann eine gerechte Grenze kommen könnte die allein eine deutsche Irredenta in Deutschland zu verhindern vermen. Gerade die Arbeiter, die in der zweiten Zone fremdbestimmt seien, hätten allen Grund, ohne Ausnahme zur Abstammung zu kommen.

Oberschlesien unter der Besatzung.

Von einem Genossen, der die Verhältnisse im besetzten Oberschlesien aus eigener Anschauung genau kennt, gehen uns folgende Ausführungen zu: Seit einigen Tagen haben wir die französische Besatzungsgarnisonen gesehen, die ersten Truppen in die Industriezone hinein geschickt von den Einwohnern. Erst am zweiten Tage der Besatzung treten geschlossene Formationen auf. Sie sind stark überzogen, wenn die Soldaten in die von ihnen parolierten Kundgebungen kommen. Der bedeutendste Oberbefehlshaber hat durchaus keine Ver-

lassung, auf die Straße zu gehen. Er prüft die Verhältnisse sehr und kommt der Besatzung sehr reserviert entgegen. Das genügt aber auch. Die Herren der Kommission wissen sicher heute schon, woran sie mit der Besatzung sind. Ebenso wie auch wenigstens die Arbeiter ganz bestimmt wissen, was sie von der Kommission zu erwarten haben.

Denn bisher haben sich die Herren lediglich mit den Industriellen befaßt. Eine Kommission des Ministerrats der Gewerkschaften, die in Oppeln mit dem Herrn General Le Rond verhandelt, ist ziemlich kühl abgelehrt worden. Deshalb aber hat die Kommission Befehle erlassen, die sehr tief in die Konfliktfreiheit der Arbeiter eingreifen. Um den Arbeitern im Reich ein ungefähres Bild von den „Verhältnissen“ des ober-schlesischen Arbeiters unter der Besatzung zu geben, lassen wir hier eine dieser Verfügungen im Wortlaut folgen.

Für die Genehmigung von Versammlungen hat der französische Zivilverwalter, Herr Major ... folgende Bedingungen aufgestellt:

1. Die Versammlung ist mindestens drei Tage vorher bei der Polizeiverwaltung schriftlich zu beantragen unter Angabe von Zeit, Ort und des verantwortlichen Leiters der Versammlung sowie des Themas, das in der Versammlung zur Erörterung gelangen soll. Zwei Tage vorher hat die (deutsche) Polizeiverwaltung das Verzeichnis dem Herrn Zivilkommissar mit ihrem Gutachten vorzulegen.

2. Politische Reden dürfen in keiner Versammlung zur Erörterung gelangen. Der Versammlungsleiter ist dafür haftbar und hat eine diesbezügliche Versicherung mit dem Antrage beim Vor der Versammlung einzubringen.

3. Die Versammlung darf nur in geschlossenen Räumen stattfinden. Werden Räume eines öffentlichen Lokals hierzu benutzt, so ist der betreffende Raum lediglich für Versammlungszwecke und die Versammlungsteilnehmer zu reservieren, für alle übrigen Lokalbesucher zu sperren. An der Tür ist ein Plakat: „Geschlossene Gesellschaft“ oder „Reserviert“ anzubringen.

4. In den Versammlungen dürfen nur solche Personen teilnehmen, die eine Einladung erhalten haben. Die Einladung darf unter keinen Umständen durch Teilnahmekennzeichnungen oder durch öffentlichen Anschlag oder in ähnlicher öffentlicher Weise erfolgen. Ausnahme innerhalb des Raumes, aber Arbeitssaumes ist zulässig.

5. Beim Eingehen in die Versammlungen und beim Fortgehen aus denselben dürfen sich keine Ansammlungen auf der Straße bilden. Die Versammlungsteilnehmer dürfen auch nicht den Weg zur oder von der Versammlung in geschlossenem Zuge vorzulegen.

Man hat so viel über die Bedingungen unter dem Belagerungszustand gesprochen und geschrieben. Aber was hier die französische Behörde den ober-schlesischen Arbeitern bietet, ist wirklich sehr kümmerlich, als die allerhöchste Verordnung des Reichshauptkommissars der ober-schlesischen Reichswehr. Als am 13. Februar die Regierungs- und Plebiszitkommission die Verwaltung des Landes übernahm, erließ sie eine Proklamation, in der es heißt:

„Mit der Bestimmung der Regierung im Namen der alliierten Mächte bis zur Ausführung des Plebiszits, durch welches die Einwohner selbst über die polnische oder deutsche Landesoberhoheit entscheiden werden, legt die internationalisierte Regierungskommission eine neue Ära der Freiheit und der Gerechtigkeit ein.“

Die ober-schlesischen Arbeiter haben von dieser neuen Freiheit und Gerechtigkeit schon allerlei bedenkliche Proben erhalten. Am 16. Februar begannen die Verhandlungen des französischen Kriegsgerichts in Gleiwitz. Es beschäftigte sich mit verschiedenen Bezügen, die bei der Besetzung durch die französischen Truppen begeben wurden. Man handelte es sich um Kleinigkeiten: einige vorgeschlagene Freisprüche, einige in der Erregung geprüferte Worte, die von dienstfertigen Anbetern der französischen Behörde übermietet wurden. Die Strafen waren unangehörig. Wegen unbedeutender Dinge, die von wenig einwandfreien Zeugen bezeugt wurden, sind angeheuer Bürger und Arbeiter zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Der Ober-schlesien verlassen will, hat vorher ein Besuch mit Angabe der Gründe an die französische Zivilverwaltung in Oppeln zu richten. Das bedeutet die vollständige Aufhebung der Freizügigkeit für alle Staatsbeamte in Oberschlesien.

Die Kommission erklärte, daß sie sich nur durch Ermüngen der Geizge und der Gerechtigkeit leiten lassen wird und daß alle Bewohner Oberschlesiens ohne Unterschied der Nationalität des Standes und der Religion sich an ihren Rechtsinn und ihr aufrechtiges Gewissen verlassen können. Da scheint es aber doch, als wenn der Rechtsinn der Kommission ziemlich einseitig orientiert ist. Denn während man den Deutschen alle Versammlungen stark erschwert oder gänzlich verbietet, halten die Polen in den Dörfern ihre Versammlungen ab, wie sie wollen, ohne die hohe Kommission zu fragen. Stört mit Truppen belegt sind auch nur die überwiegend deutschen Industriestädte. Während Gleiwitz von französischen Soldaten wimmelt, sitzt in Hindenburg nur ein einziger französischer Offizier.

Deutschland.

Eine „sozialistische Einigungspartei“

In unlängst vor einigen jüdischen Kreisen in Süddeutschland „gegründet“ worden. Wir haben von dieser „Einigungspartei“ nicht eingehend Kenntnis genommen, weil wir sie nicht unbedingt ernst nehmen wollten. Die Berliner Genossen beschließen sich am Sonntag auf ihrem Bezirkskongress u. a. auch mit dieser neuesten Spaltungspartei. Über sie sprach Genosse Franz Krüger folgendes Urteil: „Eine Einigung der Sozialdemokratie mit den Brabbanzigen ist nach den Verhältnissen des belagerten Fortresses der Unabhängigen unbedenklich. Die Einigung der Arbeiter wird und muß kommen, wenn eine Situation eintritt, die die Arbeiterklasse zwingt, zusammenzutreten. Es ist unvorstellbar, wenn Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien eine neue Partei, die Partei der vereinigten Sozialisten, gegründet haben. Wir können nicht alle Gräber dieser Partei. Aber diejenigen, die uns bekannt sind, sind Leute, die entweder als bewußtlose Skateler in ihrer Partei nicht auf ihre Verantwortung kommen, oder die glauben, in der neuen Partei mehr Chancen zu haben, als in ihrer alten Partei oder in der Einigungspartei. Wer Mitglied dieser Partei wird, kann nicht sehr auf seine Partei angraben.“

Die Tagung schloß sich in einer Resolution dieser Delegation an und zog damit einen deutlichen Trennungstrieb zwischen sich und den „vereinigten“ Quertreibern.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 2. März. (B. B.) Aufgrund der Ueberbrückung der von den Bergarbeitern zur Hebung der Kohlenförderung verfahren und die mit einem 100 prozentigen Aufschlag zur üblichen Lohn entschädigt werden, mußte sich der Reichskohlenverband mit Anträgen der Syndikate, die auf Preisenerhöhung hingingen, befassen. Er beschloß unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums für die Bezirke des Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats, des Niederschlesischen Steinkohlenyndikats und des Steinkohlenyndikats für den Preussischen Staat Sachfen eine Preiserhöhung von 15 Mk. für die Tonne Steinkohle einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer am 1. März 1920 eintreten zu lassen. Für die dem Bayerischen Kohlenyndikat angehörenden Braunkohlengruben wurde eine Preiserhöhung von 80,65 Mk. für die Tonne Braunkohle und von 26,40 Mk. für die Tonne Rohbraunkohle einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer beschlossen.

Polen.

Die Majestät der polnischen Sprache.

150 Mark Geldstrafe oder 6 Wochen Gefängnis.

Der Nr. 43 des in Bromberg erscheinenden „Dziennik Bydgoski“ entnehmen wir folgende hochinteressante Verfügung des Ersten Staatsanwalts in Bromberg:

„Unrichtige Aufschriften.“

In der Danziger Straße wimmelt es von verunstalteten polnischen Aufschriften, wie z. B. „polny sianbia“ (Frühstückstube), „stolome obiad“ (Mittagstisch), „handel meby“ (Möbelhandlung), „interes kapluszow“ (Hutgeschäft), „artynkuly spozowazje“ (Lebensmittel) usw. Im letzteren Falle wurde der Maler gebeten, der gerade „spozowazje“ malte, dieses Wort in „spozowazje“ zu verbessern. Dieser weigerte sich aber mit der Behauptung, es sei ihm befohlen, so zu malen. Hieraus geht hervor, daß unsere Mitbürger deutscher Nationalität absichtlich unsere schöne Sprache verunstalten, um uns in dieser Weise zu schikanzieren. Wenn man also solchen Geistes nicht energisch entgegentritt, so können wir noch größere sprachliche Ungeheuer erwarten. Da die polnische Schreibweise lächerlich machen und unser nationales Gefühl beleidigen. In dem ganzen Auftreten sehe ich großen Unfug. Ich bitte also den Herrn Stadtpräsidenten als Polizeibehörde, im Interesse der öffentlichen Ruhe eine entsprechende Verordnung zwecks Entfernung der entsprechenden Tafeln bis zu einem gewissen Termin zu erlassen. Nach Ablauf dieses Termins bitte ich alle Bürger, die sich durch weitere solcher Mißgeburten in ihrer polnischen Würde beleidigt und beunruhigt fühlen, mich davon zu benachrichtigen, damit ich auf Grund von § 360 des St.-G.-B. gegen die Besitzer der betreffenden Tafeln ein Strafverfahren einleiten kann. Das Strafgesetzbuch sieht in diesem Falle eine Geldstrafe bis 150 Mk. oder Gefängnisstrafe bis 6 Wochen vor. Bromberg, 20. Februar 1920.

Der Erste Staatsanwalt beim Kreisgericht Respondet.

Diese Verfügung muß jeden denkenden Menschen zum mindesten etwas „eigenartig“ berühren. Die polnischen Arbeiter schreien ständig nach einer schnellen Polonisierung aller in den abgetretenen Gebieten wohnenden Deutschen. Der Herr Erste Staatsanwalt in Bromberg scheint diese „Polonisierung“ mit allen Nachmitteln (150 Mk. Geldstrafe oder Gefängnis bis 6 Wochen) verhindern zu wollen; denn sonst würde er wohl kaum Leute mit so schwerer Strafe bedrohen, die sich aus Geschäftsinteresse ernstlich bemühen, wenigstens polnisch zu schreiben! Wenn diese ersten polnischen „Schreibversuche“ (auf den Firmenschildern deutscher Kaufleute) nicht gleich orthographisch richtig ausfallen, so müßte der polnische Herr Erste Staatsanwalt doch bedenken, daß noch nie ein Meister vom Himmel gefallen ist. Er sollte sich rechtlich der trampschafenen Schreibversuche seiner deutschen Schüler freuen und sie durch Rat und Tat unterstützen. Statt dessen raffelt er mit den Schüsseln der Gefängnisstrafe! Er wird dadurch höchstens erreichen, daß alle jetzt polnisch lernenden deutschen Geschäftsleute von dem Studium der polnischen Sprache entmuttert ablassen; denn es kann keinen Deutschen reizen, ein polnisches Gefängnis von innen kennen zu lernen, zumal das Gerücht geht, daß auch die polnische Krute immer noch schmerzhaft strecken zieht.

Daß unorthographisches Schreiben — das nationale Gefühl beleidigen könnte... das hören wir, neben gesagt zum erstenmal. In unsern deutschen Schulen wird hierhaftes Schreiben schikanzierenfalls mit einer schlichten Zensur bestraft. In Polen verhängt man dafür die Gefängnisstrafen... Arme deutsche „Schüler“ in Polen.

Zollkonferenz zwischen Polen und Danzig.

Auf der polnisch-deutsch-danziger Konferenz besprachen die Danziger Delegierten mit den Vertretern der polnischen Ministerien die Frage der gemeinsamen Zollverhältnisse zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig. Es wurde über einen Vertrag für die Zollverhältnisse beraten für den Fall, daß schon jetzt Gebiete der Freien Stadt Danzig aus Zollrückichten dem polnischen Grenzgebiet einverleibt werden, sowie über einen provisorischen Abschluß der polnisch-danziger Konvention, die im Versailler Vertrag vorgegeben ist.

Neue Eisenbahnen in Polen.

Der „Dziennik Poznansti“ gibt einen Ueberblick über die Eisenbahn-Neubauten in Kongresspolen. Danach ist der Bau der Linie Kutno-Strzalskows (110 Kilometer) im Juli dieses Jahres fertiggestellt werden. Sie bedeutet hauptsächlich eine erhebliche Verkürzung des Weges Polen-Warschau über auf der neuen Linie in D-Züge nur 4 Stunden erforderlich würde. — Im Bau befindet sich ferner Rastawo-Sierpe-Plocl. — Auf der Leitstraße Lodz-Byczyna erblich in der Bau der geplanten Verbindung Plocl-Kutno-Danzig in Angriff genommen worden. — In Warschau hat die Regierung ein Haus in der Smolnastraße erworben, um von diesem Gebäude aus den geplanten Weltkongress zu leiten, der zum Ausbau des Warschauer Bahnhofs bestimmt ist.

Aus dem Roten Hause Danzigs.

Einführung der ersten sozialdemokratischen Stadträte.

Die gestrige Sitzung der Ermählten des Roten Hauses schloß sich wieder durch eine Länglichkeit aus, die weder der Presse noch den Zuhörern die Güte der Beratungen verbittert. Von 4 bis nach 10 Uhr abends mußten die Vertreter der Presse, nach schwerer Tagesarbeit, noch ihren Dienst verrichten. Die einleitende Parade bot die Einführung der neuen Stadträte. Unter ihnen befanden sich auch die ersten beiden Sozialdemokraten die Genossen Nagrochli und Woelk. Damit ist der kapitalistische Ring, den das alte Dreiklassenloch um das Danziger Rathaus fester als ein Eisenband geschmiedet hatte, erst endgültig gesprengt. Und es war ein gutes Zeichen, daß den neuen sozialdemokratischen Stadträten ein Reaktionsär so historischer Bedeutung wie der einstige Baugewerksmeister Herzog weichen mußte. Dafür bleibt dem Magistrat der Bäderobermeister Karow erhalten, der sich als einseitiger Streiktreiber neben der roten Nachbarschaft gewiß äußerst wohl fühlen wird. Die Einführung der neuen Männer erfolgte durch Bürgermeister Dr. Bail, weil Oberbürgermeister Sahm aus einem für ihn sehr schmerzlichen Grunde nicht anwesend war. In der Korona des Magistrats vermisste der Kenner aber vor allem den Kammerer Dr. Evert, den einst rühmlichst bekannten Leiter des Danziger Armenwesens. Er war an dem festlichen Ereignis so dringend verhindert, daß man ihn noch um 5 Uhr in der Gangaasse wandeln sehen konnte. Für ihn war es doch wohl zu anstrengend, sich selbst davon zu überzeugen, daß Regierung und Sozialdemokratie heute doch nicht mehr ideologisch entgegengesetzte Begriffe sind. Inzwischen hat er zwar, als er in Altona Senator werden wollte, vor allem Volle versichert, daß er sozialdemokratischen Bestrebungen sogar sympathisch gegenüber stehe. Aber die Altonaer sind nicht so leichtgläubige Leute und da scheint die einseitige Liebe wohl auch nicht zu lange gebauert zu haben.

Breiteren Raum nahmen in den Verhandlungen die Erörterungen über den letzten Streit in den lebenswichtigen städtischen Betrieben ein. Unsere Genossen Arczynski und Grünhagen ließen gar keinen Zweifel darüber, daß es in so lebenswichtigen Betrieben, wegen der schweren Bedrohung der Allgemeinheit, zu keinem Streik kommen dürfe. U. berief sich sehr richtig auf die Stellungnahme des Danziger Arbeiter- und Soldatenrates, der die Pflicht zur Arbeit in solchen Betrieben auch während eines Generalstreiks vorschrieb. Doch betonten unsere Redner mit dem gleichen Nachdruck, daß für den Magistrat aus dem gleichen Grunde in erster Linie soziale, nicht formal-bureaucratische Gesichtspunkte maßgebend sein müßten. Besonderen Dank habe die Technische Kommission nicht verdient.

Die vom Magistrat beantragten Steuererhöhungen betrafen die Unabhängigen Gebauer zu einem speziellen Hebensteuergeld. Er forderte, genau entgegengesetzt seinem früheren Standpunkt, den Genossen Grünhagen gestatten in der Volksstimme darzulegen, höhere Zulagen für die geringer Befohlenen. Genosse Grünhagen rechnete darauf mit dem demagogischen Doppeltalent deutlich ab. Zur revolutionären Umwälzung lobte die Unabhängigen Käthe Leu die Wirkung der privaten sozialen Fürsorge. Arge Mißstände auf dem städtischen Riefelgut rügte Genosse Reel. Der Bächter Hallmann zahlte jährlich nur 28 000 Mk. Pacht und bezieht aus der Verpachtung des halben Landes an kleine Leute schon 100 000 Mk. Dabei befindet sich das Gut in jammervoller Verfassung. Der Kriegsbeschädigten, die erst während des Krieges nach Danzig gekommen sind, nahm sich Genosse

Behrend an. Diese Bedauernswerten erhalten hier keine Arbeit nachgewiesen und auch keine Erwerbslosenunterstützung. Assessor Berent verteidigte diese Benachteiligung. Doch konnte er wenigstens mitteilen, daß neuerdings auch diese Kriegsbeschädigten, die endgültig von der früheren Reichswehr und Schichau entlassen worden sind, die Erwerbslosen-Unterstützung erhalten. Warum dann dieses Verfahren nicht auch allen Leuten in gleicher Lage zugute kommt, können wir nicht verstehen. Jedemfalls war es sehr richtig, was der Zentrums-Stadtr. Dr. Thun gegen die Juristen- und Assessoren-Wirtschaft im Danziger Rathaus sagte. Genosse Arczynski konnte ergänzend darauf hinweisen, daß sogar im städtischen Arbeitsamt, wo dies zuerst unbedingt notwendig ist, nicht ein einziger Mann der Praxis sitzt.

Eine neue Polemik veranlaßte eine polnische Beschwerde über angebliche Benachteiligung polnischer Kinder beim Sprachunterricht. Vom Stadtschulrat konnten die Bemängelungen als mindestens übertrieben zurückgewiesen werden, wie der polnische Stadtr. Dr. Kubacz selbst zugab. Bemerkenswert ist, daß ein wesentlicher Teil der nur 700 Anmeldungen zum polnischen Sprachunterricht von deutschen Eltern eingegangen ist, die ihre Kinder in der polnischen Sprache ausbilden lassen wollten, während der Unterricht nur polnischen Kindern gewährt werden soll. Doch sind in acht Fällen die Untertage auch direkt gefällig gewesen; in nicht zu wenigen Fällen sind sie ferner nicht von den zuständigen Erziehungsberechtigten gestellt worden.

Sitzung vom 2. März 1920.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Bürgermeister Dr. Bail mit, daß Oberbürgermeister Sahm an der Teilnahme an den Verhandlungen durch eine Reise an das Krankenlager seiner Mutter verhindert sei. Deshalb erfolgte auch die

Einführung der neu gewählten Stadträte

durch Bürgermeister Dr. Bail. Unter den neuen Stadträten befinden sich als die ersten Sozialdemokraten unsere Genossen Nagrochli und Woelk. Dr. Bail verpflichtete die Gewählten durch Handschlag und begrüßte sie u. a. mit folgenden Worten:

Nachdem im Januar d. Js. die Stadtverordnetenversammlung eine völlige Umgestaltung erfahren hat, tritt mit dem heutigen Tage infolge der gesetzlichen Neuregelung auch beim Magistrat eine erhebliche Veränderung ein. Sie ist nicht so einschneidend, wie die der Stadtverordnetenversammlung, weil sie nur einen Teil des Magistrats, nämlich die unbesoldeten Magistratsmitglieder, betrifft, aber sie ist doch bedeutender, als sie in den vergangenen Jahrzehnten gewesen ist. Auf Grund eines neuen Wahlverfahrens tritt eine größere Zahl neuer Kräfte in das Kollegium ein, davon zwei in neue Stellen. Neben dem Ausschiedenden, darunter auch dem Schatzmeister Herzog, dann wandte er sich zu den Neugewählten. Von ihnen hoffte er, daß sie sich alle in den neuen Wirkungskreis schnell hineinfinden und einträchtig zum Besten Danzigs und seiner Bewohner zusammenarbeiten würden. Man könne ohne Übertreibung sagen, daß seiner Behörde während des Krieges mehr neue Aufgaben überwiesen worden sind, als dem Magistrat. Von ihm verlange die Bürgerschaft heute fast alles. Auf der anderen Seite sei die Anerkennung nicht entsprechend gewachsen. Im Gegenteil, wenn in der Stadt etwas nicht gefalle, der suche die Schuld in erster Linie beim Ma-

gistrat. Zum ersten Male halten die politischen Parteien ihren Einzug in unser Kollegium. Bisher wußten wir kaum, welchen Parteien unsere einzelnen Mitglieder angehörten. Wir beschränkten aber nicht, daß nun Parteikämpfe unsere Einigkeit untergraben und damit unsere Leistung vernichten werden. Das Gegenteil hoffen wir, daß offene Aussprache uns einander näher bringen, und daß der Umstand, daß nun alle Kreise der Bevölkerung im Magistrat vertreten sind, das Vertrauen der Bürgerschaft zu uns festigen wird. Das Wohl der Stadt muß immer aller höchstes Gesetz sein. Das ist auch Stadtverordnete Magistratsmitglieder sein können, wird hoffentlich die guten Beziehungen zwischen den beiden städtischen Körperschaften nicht stören.

Stadtverordnetenvorsteher Keruth richtete ebenfalls begrüßende Worte an die neuen Mitglieder des Magistrats.

Die beiden städtischen Körperschaften seien berufen, die Geschäfte der Stadt zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu führen. Bei der Vielfältigkeit dieser beiden Körperschaften lang dies jedoch nur erreicht werden, wenn sie stets in voller Einstimmigkeit die Geschäfte führen. Dazu sind Sie, meine Herren, ganz besonders geeignet. Sie sind gewöhnt nicht auf Grund spezieller Berufsvorbildung, sondern auf Grund des Vertrauens, das Sie sich bei den politischen Parteien erworben haben. Als Vertreter Ihrer Wählerschaft sind Sie geeignet, die Bedürfnisse der Bevölkerung im Magistratskollegium bereit zu vertreten. Sollten Meinungsverschiedenheiten eintreten, so wird es Ihre Aufgabe sein, durch freundliches Entgegenkommen einer Verständigung die Wege zu ebnen. Durch die Verordnung, daß Stadtverordnete auch Magistratsvertreter sein können, sind Sie dazu berufen, das lebendige Bindeglied zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu sein. Ich gebe dem Wunsch Ausdruck, daß Sie den Lohn für Ihre schwere Arbeit in einer glänzenden Entwicklung der Stadt finden werden und heiße Sie herzlich willkommen.

Im Auftrage nur des größeren Teiles der Neubesorgten dankte Stadtverordnete Fuchs I (F. V. V.) für die Begrüßung.

Der Bericht der Abeggstiftung über die Jahre 1870 bis 1920 wurde zur Kenntnis genommen.

Auf Antrag des Stadtr. Dr. Herrmann (Demol.) wurde ein Antrag wegen Mitwirkung von Stadtverordneten bei Abschluß des neuen Staatsvertrages zwischen Danzig und Polen verlegt, weil Oberbürgermeister Sahm nicht anwesend war.

Eine Reihe von Wahlen wird ohne Debatte vorgenommen. Auch ein Antrag zur Bewilligung von 20 000 Mark für die Beschaffung von drei Lichtbildapparaten für Behrmeda und ein Schulstichtungsband keinen Widerspruch.

Der Magistrat beantragte die

Gewährung von Steuererhöhungen.

Nach dem Antrage des Magistrats sollen den städtischen Beamten, sowie den Angestellten der Gruppen 3 und 4, sowohl den im Dienst wie den im Ruhestand befindlichen, ferner auch ihren Hinterbliebenen für das Vierteljahr Januar/März einmalige Steuererhöhungen gezahlt werden, und zwar a) für unverheiratete in Höhe von 50 Prozent, b) für verheiratete in Höhe von 75 Prozent, c) für die im Ruhestand befindlichen und deren Hinterbliebenen, soweit sie nicht vom Staate die Zulage erhalten, ferner den Personen, die von der Stadt nach den Sätzen der Oberlehrer

Die städtischen Lehrern und Lehrkräften an Fortbildungs- und Fachschulen, auch den im Ruhestand befindlichen und deren Hinterbliebenen, soweit sie nicht vom Staate die Zulage erhalten, ferner den Personen, die von der Stadt nach den Sätzen der Oberlehrer

Der Schandfleck.

Eine Larkgeschicht von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung)

"Hut," sagte Beni, der rote ins Gesicht stieg. "Einer wie der andere sollte sich schämen. Eine wie er so roh sein mag, der andere, daß er die Leute anzusehen laßt, was sich vor ihnen nit schied und Aergernis gibt."

"Rein!," warf Burgerl dazwischen, "daß die zwei Weibskente miteinander einen Tausch eingehen möchten?"

"Na, ich denke wohl, die was den Prügel-Profosen hat, gäbe gern noch was drauf, wenn ihn nur die andere nähm."

"Weil geschit," lachte Burgerl. "Dös Wildhun und dös Einschmeißeln gibt ja ledig nur für heute, schon morgen wieder leben der Prügel-Profos und die Seine miteinander wie die Kämmel und die andern zwei wie Hund und Katz, das is der einzige Tag im Jahr, wo gegen das Weib der eine die Hand aufhebt und der andere sie ruhen läßt."

"Was du mit alles weißt!" sagte Beni, indem sie vom Fenster zurücktrat. "Aber kann, denn jetzt mein ich schon auch — wie die Seferl — für unser Teil hätten mir grad gemag gesehen."

"Warum?" fragte Burgerl, sich weiter hinauslehrend. "Etwas weißt du von dem Prügel-Profos? Der hält sich ja grad wie a Kerzen im Bettelweib ihrer Vaterne."

"O, du Gottlose, du!"

"Wollt ich mich nicht doch? Mein, der Vater hat mich wie oft dahinterlegen sehen, wo ich außer mir war, werd ich ihn auch einmal leben dürfen, wo er mit ganz bei sich ist? — Vater!" rief sie mutwillig hinunter.

"Du hast auch gar kein Respekt," ärrte Beni.

Da sprang Burgerl auf sie zu und faßte sie an beiden Händen.

"Rein, Beni, und wie ich ihn gern hab, brauch er den auch mit, glaub mir, das ist für die Männer untereinander, für uns is es Gerhaben, außer ihr andern seid anders, was ich nit weiß, wann wir aber ein Respekt abverlangt, is mir immer, als müßte ich mich hinter seinem Rücken lustig machen, wie mirs mit dem alten Schulmeister ergeht."

Beni faßte die Kleine an den Schultern, sagte lächelnd: "Schulwädchen, du!" und schob sie von sich.

Da kam es die Treppe herauf in schweren, aber es schien — schweren Tritten, nur einmal ertitt das altschöne — Fußboden eine kleine fremdernde Unterbrechung, als schloß an einer Stelle die Treppe eine Stufe weniger oder eine Stufe einen Treitt mehr.

Magdalena schrat zusammen und merkte nicht den Wid, den ihr Burgerl von der Seite zuwarf.

Der Grassboden-Bauer stieß die Türe auf und bogte noch außen, sehr förmlich und gemessen: "Guten Abend, miteinander!" dann schritt er über die Schwelle, indem er sich vorsichtig, aber tiefer als nötig war, niederbeugte, um nicht an den Türschwosten anzuklopfen, dem er übrigens eine ganz beträchtliche Breite zutrauen mußte, denn er erhob den Kopf nicht früher, bis er inmitten des Stubchens vor dem kleinen Tische stand, auf den er sich nun mit beiden Armen aufstützte.

"Grüß Gott, Vater!" sagte Burgerl und lehnte sich von der anderen Seite über. "Hast uns ein Richtigtag mitgebracht?"

"Allesbeiden, versteht sich." Der Grassboden-Bauer begann seine Taschen von außen abzupfropfen, dann zerpte er aus einem Rockschöße ein paar etwas formlose Pappschächeln hervor und legte sie auf die Tischplatte, während Beni — sehr zur Unzeit — das mittlerweile zustande gebrachte Sicht daneberläste.

Burgerl schlug die Hände zusammen und sah ihrem Vater sehr aufdringlich unter die Augen, der mich ein wenig zurück, starrte eine Weile auf sein "Mitgebrachtes", dann trat er vom Tische weg und sagte mit einer zumeisenden Handbewegung: "Müßt es halt vorlieb nehmen, es war nit Geschicktes auf dem Markt."

"Ei, Vater," feuchte Burgerl, "ich fürchte nur, du hast da einen zu guten Handel gemacht."

Burgerl griff nach den zerdrückten Kartons. "Ich mein nur, da werden jetzt mehr Stück drinnen sein, als du gekauft hast."

"Rein," sagte der Bauer, "is nit Gebrechliches, — wenigstens ich hoff nit —"

"Das is 's Rein!" ichrie Burgerl freudig auf, als nebst einem Schmutz-Kübel ein Schildpatt-Kamm aus den Falten eines buntschneidenden Rockes fiel, das sie aus der einen Schachtel hervorgerollt hatte. "Und das is das Dein", sagte sie, die andere uneröffnet Magdalena anfordernd.

Der Bauer nickte.

Die Kleine klappte das Stul auf, es ertönte ein goldenes Krugchen an dünnem, feingliedriger Kette. Das Kind starrte die Herrlichkeiten erst stumm an, dann nahm sie das Krugchen an den Fäden den Kamm auf, hand das Krugchen vor und sprach auf den Vater zu: "Jesse und Joseph, Vater was is dir denn aufbe, weil du dich so viel bran eingeholt hast? Na, vergelt dir Gott dein Geschenk und laß dir die Hand küssen und noch einmal ertte dafür, daß du mit mein vielschön Kamm nit verbrochen hast."

Sie küßte und lätschelte seine Hand und rief unterdem zu Beni hinüber: "Na schon doch das deine."

Magdalena hob verlegen den Deckel ab, ein feidenes Goldstück lag auch da oben auf.

"Der Krämer sagt, es wäre rechtschaffen Seide", bemerkte der Grassboden-Bauer mit einer Stimme, als machte er ein Geständnis, das ihm schwer fiel.

Unter dem Goldstücke aber befand sich ein Stul mit einer Schnur gehackter Korallen, vorne künstlich in Zaden vernebelt und röhrtwärts durch eine starke Schließe zusammengehalten. Magdalena stand erschreckt. "Das kann ich nit annehmen, Bauer," flammelte sie.

"Wißt mich beleidigen?" brauste der auf.

"Um die Welt nit," sagte sie, "aber sei geschiet, das is allzuviel, wie kam ich dazu und was is ich damit? Mein Sonntagsgewand schauet daneben ein Habern gleich, und wenn ich auch hätte, was zu jedem Schmutz langt, — ich frag dich, ob sich wohl zieren möchte, daß ich mich so trag?"

Der Grassboden-Bauer fuhr mit der Hand nach dem Ohr, er strichte dabei die Krempe seines Hutes, jetzt erst nahm er ihn ab und strich sich die Haare aus der feuchten Stirne. "Hast nit unrecht," sagte er, "aber vermeint ist dir einmal und behaltens müßt du! Und mit der Zeit schickt sich wohl a Zeit, wo dus auch wirst tragen können; bewahrt es nur auf bis dahin, wer weiß, wasfürs gut is, aber zurückweisen darfst es nit, du tätest meinem guten Willen übel."

"So frag is vergelt es Gott für den und für Geschenk." Magdalena trat an ihn heran und haßte nach seiner Hand.

"Beleid," sagte er, "wirft mir noch nit was an, was ich nit bring, woran dir die Freude aufpassen müßt? Ich hab, Gott's wahrhaftig, Schind und Brauch ungefragt gelassen und eingelaßt, als ob es für die Bauerin wär; no, mein, das schwerst Teil, was einer solchen aufliegen könnt, hast ja du auf dich genommen," er nickte gegen Burgerl. — "verstehst mich wohl? Aber nun laß schauen, ich mücht wohl probieren, wie das Zeug paßt, ob ich mich in der Halsweiten mit verständig hab und ob das Schloß fit kühlt." Er legte ihr das Korallenband um den Hals und mühte sich, dessen Enden zusammenzufassen; bald begannen seine Arme zu zittern und er ließ beide Hände einen Augenblick auf den Schultern des Mädchens ruhen, dann hob er sie heftig und brachte es mit einigen Griffen zu Ende. Der Portn sprang ein.

(Fortsetzung folgt)

Wagstaff werden, und den Beamten des hiesigen Untersuchungsamtes 150 Prozent der ihnen für das Vierteljahr zuzurechnenden Teuerungszulage.

den städtischen Arbeitern dieselbe Rindergulage, die die Beamten und Angestellten der Stadt für das Vierteljahr Januar/März d. J. erhalten (800 Mark für jedes Kind).

den städtischen Angestellten und Arbeitern und den Futterlieferanten von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die an Stelle eines Ruhegeldes oder einer Hinterbliebenenversorgung Unterstützung erhalten, 25 Prozent dieser für das Vierteljahr zu zahlenden Unterstützung.

den Lehrpersonen der Volksschulen Erhöhung der monatlichen Teuerungszulage von 10 oder 15 Mark auf 100 Mark.

Die Gehaltsstellen sind auf insgesamt 1 621 600 Mark veranschlagt.

Gesetz Grünhagen

Der Polizeibeauftragte und Stadt, Fuhrbrügger (F. M. H.) wies die Gehaltsstellen für seine Verordnungen einzuweisen. Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß auch diese Frage bei der Begründung des städtischen Budgets geregelt werden müsse.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die Regelung der Teuerungszulagen seinen Anforderungen nicht entspräche. Die Zulagen für die unteren Gehaltsstellen sollten erhöht werden. Nach einem Hinweis des Bürgermeisters Dr. Paul darauf, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten, erklärte Grünhagen, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Tank an die Technische Wehr.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die Technische Wehr ein wichtiger Bestandteil der städtischen Verteidigung ist. Er erklärte, daß die Wehr in den letzten Jahren sehr erfolgreich gearbeitet hat. Er erklärte, daß die Wehr in Zukunft noch mehr leisten kann, wenn sie die nötige Unterstützung erhält.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Gesetz Grünhagen

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Der Bürgermeister Dr. Paul erklärte, daß die städtischen Beamten in Zukunft Gehälter besser gestellt sein müßten. Er erklärte, daß die Teuerungszulagen für die unteren Gehaltsstellen um 10 Prozent zu erhöhen. Nach einer weiteren Erklärung des Bürgermeisters Dr. Paul wurde der Antrag Grünhagen abgelehnt.

Die längere Debatte entspann sich bei einer Anfrage von nischer Seite über den Schulunterricht polnischer Kinder.

Stadt, Dreßel begründete die Anfrage. Die langjährige Schulbehörde konnte den Ministerialverfügungen und den Vorschriften der Reichsverfassung in diesem Punkte nicht nach. Kinder, die nicht polnisch lesen können, habe man vom Religionsunterricht ausgeschlossen. Dem polnischen Volk sei unterstellt worden, die polnische Sprache sei eine Fremdsprache. Die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Stadt, Grünhagen erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden. Er erklärte, daß die polnischen Kinder durch polnische Lehrer unterrichtet werden.

Wasserstandsberichte am 3. März 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	+2,63	+2,85	Diesel	+2,76	+2,92
Jordan	+2,48	+2,66	Dirschau	+3,14	+3,23
Calu	+2,44	+2,58	Etzlage	+2,66	+2,92
Grudom	+2,46	+2,67	Schleidenhorst	+2,64	+2,94
Kurzbrack	+2,91	+3,06	Waldsdorf	+0,06	+0,16
Montauritz	+2,64	+2,82	Zwachs	+1,12	+0,89

Danziger Nachrichten.

Der Sozialismus in Gefahr!

Der Papierpreis steigt! Gibt es kein Mittel, helfend zuzugreifen, um abzuwenden, was die Folge sein wird: der Tod der deutschen Arbeiterklasse?

Das deutsche nationale Großkapital stürzt sich über den Blätterwald, beschlagnahmt das Papier, zahlt, zahlt, was es auch koste — kein Preis ist ja für den Eintrag zu hoch — um den Todesstoß gegen den Sozialismus zu führen. Das Kapital, das volkfeindliche deutsche nationale Kapital, tötet die soziale Demokratie.

Arbeiter, wollt Ihr tatelos zusehen, wie Euch das politische Grab gestampelt wird? Habt Ihr keine Waffe, in der Hand, Euch zu wehren?

Nicht neue Revolutionen, künftige Diktatur und Räterepublik! Bestimt Euch lieber auf das, was Ihr sofort tun könnt und müßt, um der Presse zu helfen. Opfert Ihr nicht, was der kapitalistische Papierdämon mit kalter Faust fordert — Geld für die Zeitung, wenn demnächst die Abonnementspreise selber erhöht werden müssen — dann ist's aus. Die Geher hören auf, zu sehen; die Drucker hören auf, zu drucken; die Zeitung geht ein;

Der Lebensnerv der Arbeiterbewegung.

Der Sozialismus, wird an der Wurzel durchgeschnitten. In Strömen fließt statt dessen das Gift des Kapitalismus des Völkerverfalls; mit den raffiniertesten Mitteln wird es eingetränkt in Gehirne, macht die Augen blind, kreuzt und kreuzt. Bringt also das notwendige Opfer — bezahlt das Papier, das Euch täglich in die Hand gegeben wird! Schreit nicht nach der Regierung, heißt Euch selbst! Denn Eure Hilferufe, sie gehen durch die Presse, sie wirken allem durch die Presse, millionenfach. Glaubt Ihr die Presse sterben, dann aber Sozialismus, dann aber politische Macht und Demokratie. Wo alles im Preise steigt, müssen auch die Zeitungen ihre Preise erhöhen!

Von rechts branden die Wogen der schwarzen Reaktion heran, um uns wieder in den Staub zu zwingen, um aus unserer Haut wieder Knechten zu schnelzen, mit denen wir gepöbelt werden sollen. Von links wälzt sich der Unverstand, gepaart mit Haß, Neid und Mißgunst heran, um uns zu überrennen.

Haltet Stand!

Haltet hoch das Banner des Sozialismus!

Das sind wir der Arbeiterklasse schuldig, sind wir all denen schuldig, die für sie gekämpft, gekämpft und gefallen sind. Werbt täglich neue Leser für die „Danziger Volksstimme“ und neue Mitglieder für die Sozialdemokratische Partei.

Hoch die Solidarität!

Königsberg — Danzig.

Wiederholt haben wir schon Klagen über die Art, wie deutsche Reisende bei der Durchfahrt durch den „polnischen Korridor“ von polnischer Seite behandelt werden, wiederholen müssen. Das ganze Verfahren, wie auch die Bahnführung überhaupt, widerspricht durchaus den Bestimmungen des Verfallener Verträge zur Sicherung des völlig freien Verkehrs nach und von Deutschland. Wir machen auch schon darauf aufmerksam, daß besonders mit dem Geschäftsverkehr nicht bewanderte oder nur selten auf Reisen gehende Leute durch die Verhältnisse am härtesten getroffen würden. Was man unter solchen Verhältnissen in Danzig über sich ergehen lassen muß, das schildert uns der Geschäftsführer unseres Königsberger Parteiblattes wie folgt:

Hier in Königsberg lief der D-Zug pünktlich ein. Das Aus- und Einsteigen verlief wie üblich. Von einer Ueberfüllung kann man nicht mehr reden, da der Seeverkehr die Bahn doch etwas entlastet. Fahrplannäßig verläßt der Zug den Bahnhof. Nachdem man sein Gepäck verpackt, kommt man naturgemäß mit seinen Mitreisenden ins Gespräch. Alles dreht sich um die Bahnkontrolle im polnischen Korridor. Wird man mit seinem Postgepäck durchkommen oder nicht? Wird man ohne polnische Bismarck- und Unbesesselt bleiben? Es geht das Gespräch hin und her. Einer weiß dies, jener das zu erzählen. Fast Alles ist unglücklich, was man alles zu hören bekommt. Einige Berliner Herren setzen sich mit der ihnen angebotenen Großpreigerei über alles hinweg und wollen den Polen schon zeigen, wenn sie mit ihrem ordnungsmäßig gestempelten Paß nicht durchkommen sollten. Doch erstens kommt es anders, zweitens wie man denkt. Der Zug rollt weiter. Braunsberg — Elbing kommen in Sicht. Endlich Marienburg. Hier auf dem Bahnhof fallen bereits die preussischen Zollbeamten auf. In zuvorkommender Weise werden die Reisenden nach dem Paßgeleitz gefragt. Diejenigen, die als Reisende nach Danzig angaben, wurden höflichst gefragt, ob sie in ihrem Gepäck Verbotenes mitführten. Nun ging es auf Danzig zu. Hier angekommen, verändert sich das Bild gewaltig.

Polnisches Militär. Polnische Baute klingen scharf und kurz an unser Ohr. Es beginnt im Zuge die Bahnrevision. Auch ich komme heran und weise meinen Polizei-Ausweis vor. Doch wird mir die Durchfahrt nach Danzig verboten, da mir der polnische Stempelvermerk im Paß fehlt. So erging es circa 150 Personen. Nachdem wir Sünder auf dem Perron gesammelt waren, durften die andern Reisenden, welche weiterfahren wollten, einsteigen. Sodann ging es mit polnischer Besatzung, Militär vor und hinten an unserm Zuge, durch die Straßen der Stadt Danzig zum Kreisamt, wo wir den Paßvermerk erhalten sollten. Männlein und Weiblein, jung und betagt, auch Mütter mit kleinen weinenden Kindern, mußten den Weg antreten. Es half nichts, wenn man nicht liegen bleiben wollte. Hier im Kreisamt wurde uns gesagt, wir sollten um 4 Uhr polnischer Zeit (die Polen haben bereits die Sommerzeit eingeführt) wieder kommen und den Paß abholen. Viele Reisende blieben gleich dort und setzten sich im polnischen Korridor (Verzehrung, im Korridor des Kreisamtes) nieder, um ja rechtzeitig in den Besitz des Passes zu kommen. Auch ich trat zum zweitenmal meine Wanderung an und erhielt, nachdem ich 20 Mk. für die Stempelung bezahlt hatte, meinen Paß zurück. Doch die Widerwärtigkeiten sollten nun erst beginnen.

Um auf den Perron zur Weiterfahrt zu kommen, wurde nacheinander mit großer Gewissenhaftigkeit letztere der Polen die Bahnrevision vorgenommen. Hatte man die Sperre passiert, so wurde man mit dem Gepäck auf der Dreiseil zum Durchgang des Tunneln abermals während der polnischen Grenzübertritt angehalten, und hier begann die Selbstinspektion. Es wurde jeder einzelne untersucht. Der Krug des Pilsener wurde hochgehoben, der Hut wurde abgenommen, der Kon-

tel wurde aufgedreht, der Rücken wurde abgetastet, die Brust, die Beine, bis zum Schuhansatz. Dann wurde das Portemonnaie verlangt und jedes Fach durchgesehen, die gefüllten Briefstaschen mußten gezeigt werden, und wer über 1000 Mk. bei sich führte, mußte das Geld trotz aller Proteste herausgeben! Er bekam eine Bescheinigung, daß ihm das Geld über 1000 Mk. abgenommen worden sei und er weitere Schritte hiergegen unternehmen könne. Ich habe gesehen, wie einem unwissenden Landmann ein ganzes, nicht angeschnittenes Brot abgenommen wurde. Ich habe auch die Beobachtung gemacht, daß alle diejenigen, die der polnischen Sprache mächtig waren, eine nicht so peinliche Revision durchzumachen hatten.

Nachdem nun dieses vorüber war, wurde man von einem andern polnischen Soldaten in Empfang genommen, und die Schußrevolver begann. Ich habe dann meinen rechten Schuh ausziehen müssen und, nachdem der Soldat nichts darin fand, denselben wieder anziehen dürfen. Dann nimmt uns wieder ein Soldat in Empfang, und die Gepäckrevision beginnt. Mein Handgepäck wurde nur durchgesehen. Auch das große Gepäck wurde, nachdem ich versichert, daß nur alle Sachen darin wären, ohne große Revision zurückgegeben. Dann endlich hatte man das Recht, auf den Perron zu kommen. Was hier für Zeit vergeudet wird, kann nur der ermessen, der solche Situationen an eigenen Beibe zu spüren bekommt. Jedenfalls ist das ein Zustand, der nicht haltbar ist. Hat denn unsere Regierung keine Mittel in der Hand, um hier Gegenmaßnahmen zu ergreifen?

Diese Schilderung stellt sich fast wie die Erfahrungen eines Militärreisenden. Selber enthält sie keinerlei Liebertreibungen. Um so mehr ist erforderlich, daß der polnischen Beherrschung des Verkehrs schnell und nachdrücklich ein Ende gemacht wird.

Vertrauensmännerfrage der S. P. D.

Die Festlegung der Vertrauensmännerfrage des Ortsvereins Danzig brachte Montag abend weitere interessante Aussprüche über die verschiedensten Zeitfragen. Gewissin Hehle teilte zunächst Einzelheiten aus der Verhandlung der Verbraucher-Kammer mit dem Oberkommissar Lomer mit. Aufgabe der Kommission war es, dem Oberkommissar über unsere Ernährungsschwierigkeiten zu unterrichten. Gewisse Villner behandelte sehr eingehend die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Freistaat, wobei er besonders auf die Preisgestaltung einging. In der weiteren Aussprache wurde besonders die Ernährungsschwierigkeiten besprochen und kritisiert, daß das Wirtschaftsamt die Bekämpfung des Schleichhandels nicht energisch genug betreibt. Es wurden einige Maßnahmen vorgeschlagen, die den maßgebenden Stellen unterbreitet werden sollten. Die bereits im vorhergehenden Bericht veröffentlichte Resolution wurde in allen ihren Teilen einstimmig angenommen. Die Weiterleitung unserer Forderungen an die maßgebenden Stellen wurde dem Vorstand übertragen. Ein Antrag des Genossen Bieler bezüglich unserer Stellung zum Beirat des Wirtschaftsamtes wurde abgelehnt, dafür jedoch nachstehender Protest einstimmig angenommen:

Die letzten Verhandlungen des Beirates des Wirtschaftsamtes haben gezeigt, daß bei der jetzigen Zusammenetzung des Beirates eine Rücksichtnahme auf die Notlage der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist, sondern daß die Vertreter der Landwirtschaft ihren überwiegenden Einfluß nur zu einer weitgehenden Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte benutzen wollen. Hiergegen sowie gegen die Zusammenetzung des Beirates erheben wir entschiedenen Protest und fordern, daß der Beirat eine Zusammenetzung erfährt, wie es bereits in dem Antrag der Vertreter der Verbraucher gefordert ist. Keineswegs darf dieser Beirat von den Vertretern der Landwirtschaft nur besetzt werden können, um dieser immer höhere Preise zu bewilligen.

Genosse Schulz erläuterte sehr eingehend die Wohnungsfrage des Freistaates und zeigte an Hand der Statistik, daß eine Besetzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nur durch Schaffung von Ausfuhrmärkten zu erreichen ist.

Infolge der vorgerückten Zeit konnte eine Aussprache über diese Frage nicht mehr stattfinden.

Zur Frage des Wohnungsanstandes.

In den Tageszeitungen sind Klagen darüber laut geworden, daß das hiesige Wohnungsamt Anträge auf Austausch hiesiger Wohnungen mit denen auswärtiger regelmäßig ablehnt. Das Wohnungsamt schreibt und hierzu:

Bei dem herrschenden Wohnungsmangel — es sind beim Wohnungsamt zurzeit über 5000 Wohnungsuchende vorgemerkt — muß mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß die Wohnungen von fortziehenden Familien, verlassenen Beamten usw. von seit langem beim Wohnungsamt vorgemerkten, in anerkannt dringender Wohnungswartungsbedürftigen, einheimischen Wohnungsuchenden zugeführt werden. Die Gekennung dieser Wohnungsuchenden ist es seit Jahr und Tag gewesen, daß insbesondere durch den Fortzug verlassener Beamten Wohnungen für sie frei werden würden.

In den meisten Fällen finden nur aber die verlassenen Beamten an ihrem neuen Wohnort, da in den — meist größeren — Orten ebenfalls Wohnungsmangel herrscht, nicht sofort eine Wohnung. Sie müssen zunächst möbliert getrennt von ihrer vorläufig hier verbleibenden Familie am neuen Wohnort unterkommen, wodurch ihnen und ihrer Behörde Unkosten entstehen. Da nun besonders in kaufmännischen Kreisen ein starker Zubruch hierher entsteht, warten die Fortziehenden regelmäßig an ihrem neuen Wohnort darauf, sofort eine Wohnung finden, daß sie ihre Danziger Wohnung gegen die eines solchen Zugzuges eintauschen. Derartige Tauschgeschäfte müssen aber im Interesse der Danziger Wohnungsuchenden grundsätzlich abgelehnt werden. Würde das Wohnungsamt ihnen stattgeben, so würden die durch Vererbung in solcher Weise freierwerdenden Wohnungen durchweg von Zugziehenden besetzt werden zum Nachteil der Danziger Bürger.

In dieser grundsätzlichen Stellungnahme wird man aus keinem Gesichtspunkte eine Härte denjenigen gegenüber erblicken können, die nach Danzig zugiehen wollen.

Es läßt sich dagegen nicht leugnen, daß sie eine gewisse Härte gegenüber den verlassenen Beamten bedeutet, wenn diesen erwohnten durch die notwendig werdende Führung eines doppelten Haushaltes erhebliche Nachteile. Sie bestehen aber regelmäßig nur kurze Zeit. Denn nach den erlassenen staatlichen Vorschriften sind die verlassenen Beamten bei der Zusammenetzung von Wohnungen von der Gemeindeverwaltung (Wohnungsamt) ihres neuen Wohnortes bevorzugt zu berücksichtigen. Dadurch werden dadurch die Fortziehenden zu ungezügelter Konkurrenz um eine Wohnung an neuem Wohnort veranlaßt und somit die Freimachung der Danziger Wohnung beschleunigt hochgeführt.

Es dem Vorstehenden ergibt sich naturgemäß als Folge, daß derartige Tauschgeschäfte ohne weiteres die Genehmigung des Wohnungsamtes erhalten, wenn der nach Danzig zugiehende Teil S. P. D. als verlassener Beamter bevorzugt zu berücksichtigen ist.

Dieses grundsätzliche Verbot des Wohnungsamtes dürfte den berechtigten Interessen der einheimischen Wohnungsuchenden be-

stärkung gerecht werden, wenn auch nicht zu erwarten ist, daß sich aus ihr für die verlassenen Beamten ergeben können. Das Wohnungsamt wird aber bestrebt sein, unbillige Härten nach Möglichkeit zu vermeiden.

Der gegenwärtige Verlauf der Grippe.

Ueber das neue Auftreten der Grippe und die Veränderungen, die man über den Verlauf der Krankheit gemacht hat, äußert sich Prof. Kraus in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Er betont, daß man scharfer als bisher zwischen dem immer vereinzelt oder häufiger auftretenden influenzaähnlichen Erkrankungen und der wohl noch eine Zeitlang wiederkehrenden eigentlichen Influenza-epidemie unterscheiden müsse. Ten Ausschlag für die Erkennung der eigentlichen Influenza kam und muß die eingehende Beschäftigung aller Erscheinungen schon im Beginn der Krankheit sein. Die „Influenza“ in ihren verschiedenen Formen fällt auf durch ihre Neigung zu Rückfällen. Die eigentliche Influenza dagegen scheint wenigstens für eine gewisse Zeit einen Schutz gegen eine neue Erkrankung zu hinterlassen. Als Anfangserscheinungen der richtigen Grippe sind allgemein: Anschwellenheit, Nieserweh, Kopf- und Augenschmerzen, sodann eine eigenartige Erkrankung der Rachenschleimhaut, der erst später sich einstellende Schnupfen u. a. zu betrachten. Letztere weist die Influenza von Anfang an vorwiegend nervöse Symptome auf; doch ist die Schwere der Erkrankung in der Regel bedingt durch die frühzeitig, bereits am dritten oder vierten Krankheitstag manchmal aber auch später unter Seitenschmerzen sich hinzugesellende Erkrankung der Bronchien und der Lunge. Als Heilmittel gegen die Erkrankung werden Eukalyptus und Grippeserum verwendet. Nach noch leichterem oder mittelschwerem Verlauf der Grippe ist noch häufig ein hartnäckiges Krankheitsstadium ohne Fieber festzustellen, bei dem Schnupfen und Bronchitis fortauern und das die volle Erregung des Krates erfordert.

Die Grippeerkrankungen sind in Berlin seit dem 24. Februar etwas zurückgegangen. Wie von der Ortspolizei der Stadt Berlin mitgeteilt wird, waren am Freitag 1019 Neuerkrankungen zu verzeichnen, von denen 480 sich als Grippe darstellten. Am Donnerstag wurden 482 und am Dienstag noch 624 Grippefälle registriert.

Der Postverkehr nach dem besetzten Rheingebiet. Für die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete sind alle bisher seitens der Besatzungsbehörden erlassenen Anordnungen über die Zensur und über sonstige Einschränkungen des Postverkehrs aufgehoben worden. Der Postverkehr mit dieser Besatzungszone richtet sich daher von jetzt an nach den allgemeinen Vorschriften.

Die Gewerkschaftsbibliothek kam im Monat Februar an 804 Bücher 1887 Bücher aus. Im gleichen Monat des Vorjahres wurden an 705 Bände 1434 Bände neu zugekauft.

Aus den Gerichtssälen.

Lösung des eigenen Kindes.

Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern das Dienstmädchen Auguste Braggalla, ohne festen Wohnort, wegen Kindesentziehung zu verantworten. Die 21-jährige Angeklagte stammt aus Soltau. Das Haus der Eltern ist während des Krieges zerstört worden und die Eltern sind gestorben. Sie diente in Danzig, hatte ein Liebesverhältnis und am 4. Februar 1919 wurde sie in der Hebammen-Veranstaltung von einem gesunden Mädchen entbunden. Am 13. Februar wurde sie mit ihrem Kinde aus der Anstalt entlassen. Sie war ohne Mittel und wußte nun nicht, wo sie das Kind unterbringen sollte. Ihren alten Dienst hatte sie wieder annehmen können. Das Kind durfte sie aber nicht mitbringen. Im Vorgarten des Herrschaftshauses kam ihr der Gedanke, das Kind zu erwürgen. Sie führte diesen Entschluß aus, sofort aus und legte das Kind in den Garten. Dann wehrte sie sich bei ihrer Dienstherrin und erklärte auf Befragen, daß sie das Kind bei einer Frau untergebracht habe. Abends holte sie ihr Kind aus dem Garten und verwarhte es in ihrem Schlafzimmer. Es blieb dort bis zum 19. November liegen. Inzwischen wechselte sie ihren Dienst und fuhr schließlich nach Soltau. Die Sache kam dadurch heraus, daß die Angeklagte ihrer Schwester den Schließbrief überließ und schrieb, sie solle nicht erschrecken, wenn sie den Schließbrief öffne. Diese ließ darauf den Schließbrief durch die Polizei öffnen, die dann das Kind vorfand. Die Angeklagte ist reumütig geständig. Sie glaubte, daß das Kind in der Anstalt bleiben konnte. Die Anstaltsleitung wieder glaubte, daß das Kind bei einer Frau untergebracht wurde, wie das Mädchen auf Befragen in Aussicht stellte, und dies nahm auch die Fürsorgewerwaltung an. Sie sei aber irrtümlich. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Totschlag, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 3 Monate Gefängnis.

Filmklub.

U. A. Schiffsple. Pola Regal — so ziemlich die einzige unter den Filmklub, die eine hohe Künstlerkraft in sich hat als U. A. Schiffsple. Es ist Kammermusik. Gegen Madame Dubarry allerdings bleibt die Kunst in dieser Rolle hinteran. Das aber liegt an dem unersätlichen Reichtum des Stoffes, der nach recht unmaßgebend ist. Gak und Leidenschaft, Frivolität und Stube läßt sie elementar und wuchtig widerwirken. Neben Pola Regal sind sehr beachtliche Vertreter der neueren Filmkunst, deren ruhige Vornehmheit in der Bewegung Schauspielkunst im Film ist. Kommt dazu noch die ausgezeichnete Photographie Sparkul. Von der gleichen Filmgesellschaft — der Union — ist ein nettes Lustspiel, in dem neben wohlbedeutenden Genden die querschnittsartige Dora Oswald spielt. Es will — genau wie ein drittes Stücklein — nicht mit dem Feinmaß der Kunst gemessen sein, sondern soll nur erheitern und unterhalten. Das Orchester des U. A. hat in Danzig schon einen Ruf, so daß man es jegliches Lob erheben kann.

Aus dem deutschen Osten.

Reidenburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich hier am Sonnabend, kurz vor 6 Uhr, auf dem Bahnhof. Die Oberfrau des pensionierten Postkutschers Ruzgina wollte einer im Einsteigen begriffenen Dame einige Pakete zureichen, und fiel in dem Augenblick auf das Trittbrett, als an den Zug weitere Wagen angehängt wurden. Bei den unermesslichen Erschütterungen, die durch das Anhängen von Wagen entstehen, und wohl auch dadurch, daß Frau Ruzgina am Griff nicht festgehalten hatte, verlor sie das Gleichgewicht, stürzte unter den Zug und wurde totgequält.

Redakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Logestiel und die Unterhaltungsbeilage Ernst Spatz, für die Illustration Bruno Swarcz, sämtlich Danzig. Druck und Verlag J. G. S. & Co., Danzig.



Rähmscher Schnupftabak

(ges. geschützt.)

(682)

ist seit 1899 die Preise der Qualitätsschnupfer

Tabakfabrik B. Schmidt Nachflg., Fuhrmann & Meloch

Fabrik-Fernruf 3778

Danzig, Rähm 16

Einzelverkauf-Fernruf 2327



Ämtliche Bekanntmachungen.

Neuaufruf von Petroleummarken.

Zu beliefern sind:
Marke B der Petroleumkarte B mit 2 Pk. Petroleum
A 2
C 1
Die bereits eingelagerten und noch nicht beliefernten Petroleummarken, sowie die Petroleumzufuhren sind in erster Linie zu beliefern.
Händler, die gegenständig keinen Petroleumbestand haben, erhalten Aufseht in den nächsten Tagen.
Danzig, den 3. März 1920
Der Magistrat.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 3. März 1920, abends 8 Uhr
Donnerstagen A 2

Wegen Erkrankung des Herrn Jung.

Erziehung zur Liebe

Donnerstag, den 4. März 1920, abends 8 Uhr
Donnerstagen B 2

Der Vogelhändler

Operette in 3 Akten von J. Keller.

Freitag, den 5. März 1920, abends 8 Uhr
Donnerstagen C 2

Revolutionshochzeit

Oper in 3 Akten von Sophus Michaëlis.

Stück von Eugen Ibsen.

Sonntag, den 6. März 1920, abends 5 1/2 Uhr
Donnerstagen D 11

Die Räuber

Schauspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.

Künstlerspiele

Danziger Hof - Eingang Domnikswall 6
Dir.: Max Brunn Contr.: Ludolf Köllisch

Das März-Programm:

Gebr. Manley, Bruno Müller, Karkany Jankata,
Jersav, Ludolf Köllisch prof., Zimmer 60.

3 Revue prof., Kade & Nid, Lutz Berg prof.,

Jo Larte & Roy, Elise Garell.

Kapelle Wenzel - Am Pögel Bobl B.

Anfang 7 Uhr Adolt Karbach Anfang 7 Uhr.

Konzertabende 7 1/2 Uhr - 8 1/2 Uhr.

Ich bin zur Rechtsanwaltschaft bei
dem Amts- und dem Landgericht in
Danzig zugelassen.

Mein Büro befindet sich

Mattenbuden 10.

Eisenstadt, Rechtsanwalt.

Sporthalle

Sonntag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr.
Zum Besten der Ferienkasse.

Gr. Kostüm- u. Bühnenball

der Salonmitglieder des Danziger Stadttheaters.

Im Reiche der Schminke.

Festlich dekorierte Räume!

Viele Überraschungen!

Großes humoristisches Festprogramm.

Musik: Das Stadttheaterorchester

Eintritt Mk. 15.- inkl. Steuer

Vorverkauf:

Buchhandlung Baumg. Kohlenmarkt ab heute.

Ausg.: Kostüm oder Gesellschaftssoffette

Näheres durch die Plakate (686)

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des
höchsten Gymnasiums am Winterplatz

Frauen-Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Unsere Lebensmittelversorgung.

Referent: Grünhagen.

Bei der Wichtigkeit obigen Themas ist das Erscheinen
sämtlicher Mitglieder und der Frauen und Töchter
unserer Genossinnen dringend notwendig.

Mitgliederschied legitimiert.

Die Frauenkommission. (685)

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig.

4. Deum 7 II, geöffnet 10-12 und 3-5 Uhr.

Achtung! Streikende Metallarbeiter des Bau-

gewerbes und der Firma Zimmermann.

Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt
jede Woche regelmäßig jeweils Freitag
abends 5 Uhr im Büro.

Ihr ersehen unsere Kollegen, sich strikte
an diese Zeit zu halten. Die Streikkontrolle
erfolgt in dem Kontroll-Pokal des Bauarbeiter-
verbandes, und für Zimmermann im Büro.
Die Ortsverwaltung. (683)

Raucher dank!

Wer bei Geld braucht
wend sich direkt an R. Ullrich,
König, Paradiesgasse 9.
(1194)

1 Maßglas mit Bierkasten,
Säule, Springbrunnen, 1 Hand-
koffer, versch. d. Kammerer,
Baumgartner, 36, 3 Tr.
(684)

Korsetts

aus guten Stoffen
besonders billig.

Toska Gunkel

Kohlenmarkt 9
gegenüber d. Stadttheater.
Führen in vielen Größen.

Interessante Bücher!

Geschäftsbriefstell. M. 3.50

Liebesbriefstell. M. 2.50

Grosses Traumbuch M. 2.50

Mod. Tanzlehrbuch M. 2.50

Grosses Liederbuch M. 2.50

1000 Schmachdäpflin M. 3.-

Witze u. Tollchen M. 2.-

Grosses Kochbuch M. 5.-

Grosses Rätselbuch M. 6.-

Hochzeitgedichte M. 2.50

Praktisch. Numeri M. 3.50

Albumverse M. 2.50

Liebesromane M. 3.-

Verlag Johanna Stopp.

München, Hohenzollern-

strasse 77. (8227)

Vorsicht Frauen

Regelstörung

verlangen bei
zur wirksamen Spezialmittel.
Garantier: unerschädlich.

Schreiben Sie vertrauens-
voll, wie lang Sie klingen.
Doktr. Vorstand Büschhoff,
Hamburg I, Schlesenstr. 111

Es schreibt: Th. Sch. Er-
folg trat schon nach
4 Tagen ein: Ihr Mittel
ist sehr gut. E. B. Dank
für Mittel, welches zu
meiner Zufriedenheit war:
Wirkung nach 7 Tagen

Volkspflege

schaffende Versicherungs-
Kassen-Gesellschaft
Ermäßigte Tarife für
Erwachsene und Kinder
Rein Polsterverfall -
Stattbestände -
Zuskauf in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Schwangerschaft 16 Danzig
Braun Schmidt,
Mattenbuden 35

Filz- Velour- Hüte

für Damen und Herren

werden ausschließlich in unserer hiesigen Fabrik nach
modernsten Formen bei sorgfältigster Ausführung

umgepresst,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhutfabrik

Hut-Basar zum Strauß

Anrathmentelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7
(gegenüber der Markthalle). (8307)

Institut für Zahnleidende

Erich Mewald & Dr. med. Reinberger

Spezialist für Zahn- | Spezialarzt für Zahn- u.
ersth. | Mandranchkellen.

Pfaffenstadt 711. | Telefon 2621.
Sprachzeit v. 8-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr.

Zahnarzt in 1a Kautschuk und Gold in höchster
technischer Vollendung. Zahnfüllungen usw. zu der
bekannt mäßigsten Kostenberechnung.

Dambschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Bei
Behandlung künstlicher Zähne, Zahnziehen kostenlos.

Spezialität: (209)
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200 603) plattenlos.

Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage.

Zahle Geld zurück

Prachsvolle Bäume erhalten Sie zu kurzer
Zeit nur durch meine „Allerbest“, die
bekannt u. bewährt. (6022)

volle, feste Figur.

Besonders wichtig wieder Talle noch Balle.
Leichte Anwendung. Große
tägliche Anstrengung und keine eigene
Erfahrung beweisen die Verträglichkeit
der „Allerbest“. Garantiert
unerschädlich. (6022)

Dr. med. Mewald & Dr. med. Reinberger
Frau Emma Fischer, Berlin-Wilmersdorf II,
Kaiser-Allee 199.

Das Dose 2.50 | Doppeldose 5.75 M., 3 Dosen 4.95 M.,
(nur nur Kur erforderlich). Besonders zu empfehlen:
Komplett Methode „Allerbest“, mit Spülapparat
„Allerbest“ (6022)

Bei Schnupfen, Grippe,
Husten, Heiserkeit, Kopf-
schmerzen und dergl.
wirkt sicher

Olip (214)

der kleinste Taschen-
inhalator. 1 Jahr Garantie
für Wirksamkeit. Preis per
Stück 6 Mk.

Adler-Apotheke
Tel. 1794 Ohm Tel. 1794

Selbstgeberfirma,
handelsger. eingetr., gibt
Darlehen auf Schuldschein,
Hausfl. (stehtbl.) Wechsel
usw. u. solo. Perf. all. Ständ.
Auch Betriebskapitalien,
Durchschnittsjahresumfah
ca. 100 000 Mk. eig. Aus-
zahlungen. Bankvertreter
Rud. Bledtke, Danzig,
Paradiesgasse 8-9. (608)



Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Bis 4. März täglich
der große
Pola Negri-Film
„Marocchia
de Armiani“
Drama in 5 Akten.

Das Hundemannchen
Lustspiel mit der be-
kanntesten und beliebtesten
Filmdarstellerin
Ossi Oswalda

„Die Briefe
der schönen Clothilde“
Schwank in 1 Akt.

Beginn 3 Uhr, 5 Uhr
und 7.15 Uhr.
Sonntags 2.30, 4.10, 5.40
und 7.30 Uhr.

Schnitzaugen, Ballen,
Hornhaut, Wargen
werden schmerzlos, leicht u.
schnell beseitigt durch
das Schnitzaugensalbe
Dose 3.- Mk.

Fabrikant und Vertrieb
Apotheker Dr. Engel, Erfurt.

Zu haben in Danzig in
der Engel-Apotheke u. der
Bahnhofs-Apotheke. (6022)

Neuerkennung!

Leuerung und
Geldentwertung

von Dr. Max Sachs.
- Mark 2.- -

Leuerung, Geldentwertung
und Valutasend sind jetzt
die Fragen, die alle Welt
beschäftigen. Der Regierung
und unserer Partei wird der
Vormerk gemacht, daß sie
schuldig seien an den Ver-
häftnissen. Es ist deshalb
dringend notwendig, daß
in unseren Reihen Klarheit
über die Ursachen der Geld-
entwertung verbreitet wird.
Die Aufgabe muß und kann
diese Schrift erfüllen.

Zu haben in der
Buchhandlung Sellwacht,
Am Spendhaus 2.

Suche dunkelbl. gefärbt.
Mittelsch. (Wart.)
gegen solchen in schwarzer
Farbe zu tauschen. (f
Dandiel, Ziegelstr. 8, 2 Tr.

Ziegenfelle

Kaninfelle

sowie alle übrigen
Felle u. Felle kauft
zu den besten Tages-
preisen (617)

Auf Wunsch werden
die Felle abgeholt.

J. S. Bauer,
Felle
Danzig - Schellmühl,
Brohnhöfer Weg 22.

Hobelbank

zu kaufen gesucht. Angeb.
mit Preis unter 100 a
in Exped. d. Blattes. (f

Rahmmaschinen

Bettstelle
Kinderwagen
Leiterwagen

kaufen Sie an vor-
teilhaftesten bei (8260)
Bernheim & Comp.,
Danzig, Banggasse 50.

Saison-Eröffnung

Ab Mittwoch, den 3. März 1920

zeigen wir in unseren Schaufenstern und Verkaufsräumen
die letzten Erzeugnisse der diesjährigen Mode in

Putz und Damen-Konfektion



Suche dunkelbl. gefärbt.
Mittelsch. (Wart.)
gegen solchen in schwarzer
Farbe zu tauschen. (f
Dandiel, Ziegelstr. 8, 2 Tr.

Ziegenfelle

Kaninfelle

sowie alle übrigen
Felle u. Felle kauft
zu den besten Tages-
preisen (617)

Auf Wunsch werden
die Felle abgeholt.

J. S. Bauer,
Felle
Danzig - Schellmühl,
Brohnhöfer Weg 22.

Hobelbank

zu kaufen gesucht. Angeb.
mit Preis unter 100 a
in Exped. d. Blattes. (f

Rahmmaschinen

Bettstelle
Kinderwagen
Leiterwagen

kaufen Sie an vor-
teilhaftesten bei (8260)
Bernheim & Comp.,
Danzig, Banggasse 50.